



STADT VELBERT

Einbringung des Nachtragshaushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2013

Rede von Bürgermeister
Stefan Freitag am
26. Februar 2013

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es gibt Ratssitzungen, auf die man – bei allem Engagement für unsere gemeinsame Aufgabe – eher gerne verzichten würde. Dazu gehört sicher die heutige Sitzung, deren Anlass – die Einbringung eines Nachtragshaushaltes mit neuen und sehr unangenehmen Sparvorschlägen – alles andere als erfreulich ist.

Auf der anderen Seite bin ich ehrlich gesagt aber auch froh, dass mit dem heutigen Tag die Vorschläge der Verwaltung konkret, öffentlich und nachlesbar auf dem Tisch liegen. Damit kann jetzt eine ernsthafte Debatte in Bürgerschaft und Politik beginnen kann und das etwas skurrile Vorgeplänkel enden.

Man lernt ja nie aus. Ich habe es geschafft, mit der gleichen Aussage gleichzeitig dafür kritisiert zu werden, Steuern anheben zu wollen als auch dafür, dies eben nicht tun und stattdessen weitere Sparmaßnahmen zu planen. Das hat schon etwas.

(Aber wie gesagt: man lernt nie aus!)

Eines habe ich daraus gelernt: Künftig werden wir den Medien gegenüber etwas komplexere Sachverhalte vorsichtshalber nur noch schriftlich darstellen.

Übrigens und das vorweg schlagen wir heute tatsächlich beides vor:

Sowohl massive weitere Einsparungen als auch deutliche Steuererhöhungen.

Anlass für die gesamte Aufregung war übrigens nichts anderes als mein Hinweis auf die haushaltswirtschaftlichen Regelungen unserer Gemeindeverfassung, der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen. Dort heißt es in § 77 Absatz 1 und 2, dass wir die zur Erfüllung unserer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel soweit vertretbar und geboten aus Abgaben sowie aus speziellen Entgelten für erbrachte Leistungen und im Übrigen aus Steuern zu beschaffen haben, soweit die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen.

Das bedeutet: Steuererhöhungen können und dürfen nur der letzte Schritt sein, nachdem man alle anderen Alternativen zur Finanzierung einer Kommune sorgfältig geprüft hat.

Wir haben also zunächst sowohl Aufwandsreduzierungen als auch die Erhöhung von Gebühren zu prüfen. Und selbstverständlich waren und sind diese Grundsätze auch für die Stadt Velbert verbindlich. Deshalb haben wir auch als erstes noch einmal alle vertretbaren Sparpotentiale auf der Aufwandsseite geprüft und auch alle

Gebührenhaushalte untersucht, bevor wir uns mit den Gemeindesteuern befasst haben.

Dabei haben wir uns, soweit möglich, natürlich an unserem geltenden strategischen Zielprogramm orientiert. Und, ich sage das ganz offen, selbstverständlich haben wir auch das politische Meinungsspektrum im Stadtrat beachtet. Wir mussten uns doch auch die Frage stellen, mit welchen Vorschlägen letztendlich auch eine Mehrheit für den Nachtragshaushalt erreichbar ist. Selbstverständlich war es unmöglich, dabei den Grundsatzpositionen aller 8 Fraktionen dieses Stadtrates gerecht zu werden. Aber wir haben uns angeschaut, wofür zumindest die Fraktionen eingetreten sind, die bereit waren, in den letzten Jahren Verantwortung für diese Stadt zu übernehmen. Natürlich werden auch Sie sich nicht alle zu 100 % in unseren Vorschlägen wiederfinden, aber ich glaube, die Schnittmenge unter den verantwortungsbewussten Fraktionen dieses Rates wird groß genug sein, um einen Kompromiss zu erzielen. Und Kompromissbereitschaft wird von uns allen verlangt sein. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf das hier bereits hinreichend diskutierte Szenario was passieren würde, wenn kein genehmigungsfähiger Haushalt beschlossen wird.

Nur zu Erinnerung:

Ohne beschlossenen und genehmigten Haushalt werden wir die kommunale Selbstverwaltung in Velbert aufgeben und uns dem Nothaushaltsrecht unterwerfen. Dies hat unabsehbare Folgen für die Lebensqualität und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die Tatsache, dass wir ohne genehmigungsfähigen Haushalt auf rd. 18 Mio. € Konsolidierungshilfe des Landes NRW verzichten würden und damit einen Haushaltsausgleich in diesem Jahrzehnt unmöglich machen. Dies gilt nach wie vor aufgrund der Verantwortung, die wir gemeinsam für diese Stadt tragen und dies gilt vor allem aufgrund unserer Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen, über deren Zukunft wir letztendlich bei jeder Haushaltsberatung neu entscheiden. Ich möchte mir und Ihnen die Frage ersparen, warum wir in einer entscheidenden Situation im Jahr 2013 an unseren politischen Positionen stur festgehalten haben, statt Kompromisse zu suchen und zu finden.

Und da ich nicht selbst Wasser predigen und Wein trinken kann, habe ich auch meine Positionen neu überdacht und musste erkennen, dass wir unsere Etatlücke alleine durch weitere schmerzhaftes Einschnitte auf der Aufwandsseite nicht mehr lösen können und auch über Steuererhöhungen sprechen müssen. Dies ist mir – wie meine Kollegen im Verwaltungsvorstand bestätigen können – alles andere als leicht gefallen.

Ich kann dies aber aus der Überzeugung heraus tun, dass wir anders als fast alle anderen Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, unsere Steuersätze seit fast 10 Jahren nahezu stabil gehalten haben und stattdessen auf Einsparungen gesetzt haben.

Wir sind aber mit den Sparmaßnahmen der letzten Jahre auch an Grenzen angelangt, deren Überschreitung ich persönlich nicht mehr verantworten möchte. Natürlich gibt es Menschen in Velbert, die auf steuerfinanzierte öffentliche Angebote verzichten können und wollen. Sie brauchen weder öffentliche Büchereien noch öffentliche Schwimmbäder, weder eine Musikschule noch eine Volkshochschule, sie brauchen keine sozialen Hilfs- oder Betreuungsangebote und auch keinen ÖPNV oder ein eigenständiges städtische Kulturangebot.

Dies wird meistens letztendlich eine Frage der persönlichen finanziellen Möglichkeiten und Vorlieben sein. Aber für die meisten Menschen in Velbert gilt dies eben nicht. Sie brauchen uns und unsere Angebote.

Und auf gut ausgestattete Schulen und Kindergärten sollte im übrigen niemand verzichten wollen.

Wir müssen bei allem Sparwillen und bei allen Sparnotwendigkeiten eben auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Gerechtigkeit in Velbert im Blick halten.

Deshalb rate ich Ihnen von weiteren Kürzungen im Jugend-, Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich dringend ab. Genauso plädiere ich dafür – bis auf eine Ausnahme – alle geplanten Investitionen und Sanierungen durchzuführen. Denn für all diese Bereiche gilt, dass Kürzungen hier die kurzfristige Entlastung für 2013 bringen, aber langfristig nur noch höhere Aufwendungen nach sich ziehen. Natürlich schlagen wir dennoch auch umfangreiche weitere Einsparungen im Personal- und im Immobilienbereich vor, die der Kämmerer gleich näher erläutern wird, die ich jedoch allesamt als schmerzhaft, aber noch sozialverträglich ansehe

Unter dem Strich bleibt aber die Erkenntnis, dass es ohne Steuererhöhungen nicht geht. Unser Konzept, sich hierbei auf die Vergnügungssteuer und die Grundsteuer zu beschränken, möchte ich gerne näher erläutern, weil es nach meiner Erwartung die zentrale Herausforderung der nächsten Wochen sein wird, diese Erkenntnis zu erklären. Während die Höhe der Vergnügungssteuer nach meiner Überzeugung keine Relevanz für die Standortqualität hat, stellt es sich bei der Grundsteuer B doch deutlich anders dar. Wir kommen hier mit den vorgeschlagenen 550 Punkten unseren großen Nachbarstädten Essen (590) und Wuppertal (620) näher als wir es wollen. Zudem treffen wir mit einer Grundsteuererhöhung Mieter, Hauseigentümer und Unternehmen in einer Zeit ohnehin steigender Lebenshaltungskosten – vor allem

verursacht durch die Kosten der Energiewende. Der Vorschlag ist also mehr als erklärungsbedürftig. Am besten lässt er sich m.E. erklären, wenn man sich die Alternativen anschaut. Ich unterstelle einmal, dass „Nichtstun“ für niemanden hier eine Alternative darstellt. Wie sehen die Alternativen dann aus?

Weitere Schließung über die bereits beschlossenen und vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus?

Verfall unserer Infrastruktur?

Das sind aus unserer Sicht keine Alternativen. Ein weiterer Personalabbau geht nur noch, wenn wir auch Aufgaben abbauen.

Ein geringerer Sachaufwand lässt sich nur noch mit Aufgabe von Gebäuden und weiteren Zentralisierungen im Servicebereich erreichen. All dies schlagen wir Ihnen heute bereits vor. Es reicht aber in der Summe dennoch nicht. Weitere Einschnitte gefährden aus meiner Sicht das soziale Gefüge und gesellschaftliche Miteinander in der Stadt.

Bleiben also Gebührenerhöhungen und die Gewerbesteuer.

Von beidem rate ich ab. Mit den Gebührenerhöhungen der letzten Jahre haben wir die Potentiale dort ausgeschöpft. Wie Sie den Quartalsberichten zum HSP entnehmen konnten, können wir schon jetzt nicht überall die erhofften Mehreinnahmen erzielen, weil Kunden ab einer bestimmten Kostenhöhe abspringen.

Ich denke, wir haben die Grenzen auch hier erreicht.

Und die Gewerbesteuer?

Auch hier rate ich zu extremer Vorsicht. Die Gewerbesteuer zahlen in erster Linie Unternehmen, nicht wie häufig kolportiert wird, Unternehmer. Ausnahme: Einzelunternehmer und Personengesellschaften. Sie ist also keine Steuer für besonders Vermögende oder gut Verdienende. Zudem ist sie eine mehr oder weniger reine Gewinnsteuer. Aber Gewinne eines Unternehmens sind die einzige Grundlage, um neue Produktionsmittel und Maschinen, Produktinnovationen oder Marktexpansionen zu finanzieren bzw. von der Bank finanziert zu bekommen und damit bestehende Arbeitsplätze zu sichern oder neue zu schaffen. Hinzu kommt, dass unsere Unternehmen natürlich auch Grundsteuer bezahlen – und dies im Vergleich zu reinen Dienstleistungsstandorten nicht zu knapp, weil hier die Betriebsgrundstücke nun einmal größer sind. Zusammengefasst heißt das für mich: Gewerbesteuererhöhungen haben äußerst unsichere Ertragseffekte, aber mindestens negative psychologische, wenn nicht sogar negative reale Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung in Velbert.

Wir haben uns daher bei der Frage, ob wir das Wohnen oder das Arbeiten in Velbert teurer machen für das Wohnen entschieden. Die – zugegebene schwere – Entscheidung, Ihnen den Weg über die Grundsteuer vorzuschlagen, resultiert letztendlich aus der Überzeugung, dass der vorgeschlagene Hebesatz angesichts der ansonsten guten Standortfaktoren für das Wohnen in Velbert schmerzlich, aber im Vergleich zu den Nachbarstädten noch so eben vertretbar ist. Dies mögen Sie anders beurteilen und ich durfte ja schon der Zeitung entnehmen, dass dies einige tun. Andere unter Ihnen werden unsere Sparvorschläge für zu weitgehend halten, andere wiederum für nicht ausreichend. All dies ist in einem bunten und diskussionsfreudigen Rat normal.

Uns ist klar, dass Sie sich, Herr Bolz und die CDU, auch hier und da noch weitere Aufwandsreduzierungen vorstellen können.

Wir wissen, Herr Böll-Schlereth, dass die Frage einer Gewerbesteuererhöhung für die SPD weiterhin im Raum steht.

Wir wissen genauso um die diesbezüglichen Grundsatzpositionen der Fraktionen von Velbert anders und FDP, Herr Tonscheidt und Herr von Felbert, die statt dessen auch zu eher drastischen Einsparungen bereit wären.

Frau Klingenuß, wir wissen um die kritische Haltung der UVB zu Angebotsreduzierungen in den Stadtbezirken.

Und wir wissen, dass eine Grundsteuererhöhung bei Ihnen allen massive Bedenken und Diskussionen auslöst.

Und doch gilt für Sie alle, dass Sie in den vergangenen Jahren bereit waren, aus Ihrer Sicht schmerzhaft politische Kompromisse abzuschließen – zum Wohle der Stadt. Und an dieses Verantwortungsbewusstsein appelliere ich auch heute,

Und selbst für Sie, Frau Dr. Kanschat und Herr Gohr, die Sie noch nie, im Fall der Grünen zumindest in den letzten 20 Jahren, einem Haushalt zugestimmt haben, stehen m.E. die Türen offen, um sich auf Basis dieser Vorschläge konstruktiv einzubringen. Denn ich glaube, dass zumindest unser Bemühen, einen gleichermaßen sozial ausgewogenen wie wirtschaftlich vernünftigen Etatentwurf vorzulegen, ist auch für Sie unverkennbar.

Ihnen allen liegen alle Unterlagen vor, um alternative oder ergänzende Vorschläge anzubringen und zur Diskussion zu stellen. Aber mein Appell lautet noch einmal: Lassen Sie uns die Gemeinsamkeiten der Velberter Demokraten in dieser schwierigen Situation suchen und nicht die Gegensätze besonders betonen.

Unsere Probleme lassen sich jetzt nicht durch noch so verständliche politische Grundsatzdiskussionen, sondern nur durch kühle Mathematik auf der Basis eines politischen Kompromisses lösen.

Dies gilt selbstverständlich auch für mich und deshalb betone ich, dass ich Ihnen heute meine Meinung und die Grundsatzlinie der Verwaltung erläutert, jedoch keinerlei Tabus formuliert habe.

Wichtig sind jetzt drei große K's: 1. konkrete Vorschläge, 2. Kommunikation und 3. Kompromissfindung.

Die ersten konkreten Vorschläge legt der Stadtkämmerer Ihnen jetzt gleich vor. Bei der Erörterung weiterer Vorschläge sind wir in den nächsten Wochen gerne behilflich – genauso wie bei der Kommunikation und der Kompromissfindung.

Bevor ich jetzt an den Stadtkämmerer weitergebe, komme ich nicht umhin, Sie aus aktuellem Anlass über eine wichtige weitere Entscheidungsnotwendigkeit zu informieren.

Die Bezirksregierung hat uns in der letzten Woche darüber informiert, dass aufgrund der Sparmaßnahmen des Landes NRW ab 2013 keine weiteren Fördermittel für das Schloss Hardenberg zur Verfügung stehen.

Da diese Fördermittel aber fest für den weiteren Baufortschritt eingeplant waren, müssen wir jetzt auch hier Entscheidungen treffen. Entweder wir setzen wie beschlossen die statisch-konstruktive Sicherung des Herrenhauses fort – jedenfalls soweit die Mittel reichen – oder aber wir sanieren die Wehranlagen. Beides ist – jedenfalls in den nächsten Jahren – nicht realisierbar. Natürlich versuchen wir weiterhin, mit Neviges und damit mit dem Ensemble Schloss Hardenberg in bessere und umfangreichere Förderprogramme zu kommen. Dieser Prozess kann aber noch Jahre dauern. Deshalb legen wir Ihnen beide Varianten – Herrenhaus oder Wehranlagen – parallel zu den Etatberatungen und abschließend zum Rat am 23.04.2013 zur Entscheidung vor. Die Alternative, wegfallende Landesmittel durch städtische Mittel zu ersetzen, haben wir dabei angesichts der geschilderten Gesamtsituation nicht mehr ernsthaft geprüft. Selbst wenn der Wille hierzu da wäre, es fehlt uns an entsprechenden Deckungsmöglichkeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe an Sven Lindemann.